

Ewig lockt die Mitte - Gastkommentar

Gibt es etwas zwischen rechts und links?

von Amitai Etzioni

Man fragt mich oft in letzter Zeit: "Was ist aus der kommunitaristischen Idee geworden?" Sie hat gewonnen, dann ist sie allmählich verschwunden, aber sie wird wiederkommen. Die Bewegung entstand in den Neunzigern als Reaktion auf die extrem individualistischen achtziger Jahre, jene Ära des Reaganismus und Thatcherismus, in der jeder sich selbst der nächste war. Man interpretierte Adam Smith äußerst simplizistisch, demzufolge alle profitierten, wenn der einzelne seine Interessen maximal verfolgen könne. So etwas wie die Allgemeinheit, ja Gesellschaft, gäbe es nicht. Die Amerikaner lebten dann schnell über ihre Verhältnisse, die Verschuldung des Staates war enorm und auch die Kriminalitätsraten erreichten erschreckende Dimensionen. Kommunitaristen setzten dem entgegen, daß man sich sehr wohl um die anderen kümmern müsse, daß Menschen nicht nur Konsumenten seien oder Wähler oder Arbeiter, sondern auch Mitglieder von Familien, Gemeinschaften, von Gesellschaft als Ganzem. Daß man Verantwortung trage für den anderen. Daß Menschen in Gemeinschaften länger lebten, gesünder und glücklicher seien denn jene in Vereinzelung. Daß eine gute Gesellschaft eine sei, in der die Menschen sich gegenseitig ermutigten, füreinander Sorge trügen und man sich nicht immer nur auf die Politik verlasse.

Diese Gedanken spielten bei den Wahlen von Bill Clinton und Tony Blair eine Schlüsselrolle. Nur nannte man sie dort den "Dritten Weg" oder die "Neue Mitte". Ihr Thema Nummer eins war "Gemeinschaft, Verantwortung und Chance". Beide suchten die Mehrheiten in ihren jeweiligen Nationen und wurden auch wiedergewählt. Ihnen gelang durchaus soziale Befriedigung, und im Laufe der neunziger Jahre kam es zu einigen kommunitaristischen Reformen. Zum Beispiel gründete man ein heimisches Friedenscorps (AmeriCorps), das sich der Pflege kommunaler Gebäude wie generell des kommunitaristischen Geistes widmete; in England führte man die Devolution ein. Auf Gesetzesebene zeigte sich unser Ansatz am deutlichsten bei den Sozialreformen, wo man Ansprüche herunterschraubte und die Eigenverantwortung stärker betonte.

Ende der Neunziger galt kommunitaristische Ansätze plötzlich als blasiert. Statt dessen schlug eine neue soziale Philosophie Wellen, nämlich das neokonservative Denken. Dieses wollte innenpolitisch eine Art Thatcherismus rehabilitieren und außenpolitisch die Demokratie weltweit als Wert für sich und Grundlage globalen Friedens prolongieren. Im Aufwind waren auch religiöse Konservative, die traditionelle Werte betonten und Abtreibung, homosexuelle Ehen und Pornographie verbieten wollten.

Doch mittlerweile ist den Neokonservativen die Puste ausgegangen. Unter Präsident George W. Bush wuchsen Haushaltsdefizit wie überhaupt Regierungsinterventionismus im Innern, und die Außenpolitik ist länger schon in äußerst schwierigen Fahrwassern. Selbst für eine Supermacht wie die USA ist das Unterfangen einer forcierten, erzwungenen Demokratisierung im Nahen Osten und in Afghanistan offenbar jenseits des Erreichbaren. Die Mehrheit der Wähler hat die Polarisierung satt, die eine wertegeladene Rhetorik ihnen die letzten Jahre auferlegte.

Das Spiel ist neu eröffnet. Nun geht es wieder um gemeinsame Fundamente, um so etwas wie Gemeinwohl. Es ist wahr: Natürlich gibt es kein Naturgesetz, das den Kommunitaristen automatisch eine ewige Wiederkehr verhieß. Aber wie ich schon sagte, die Umfragen sind auffällig positiv bei den moderaten Mittekandidaten beider Parteien, beim Republikaner John McCain und Mark Warner von den Demokraten. Beide wollen Frauen Entscheidungsfreiheiten geben, aber auch Grenzen der Abtreibung aufzeigen. Beide wollen, daß die Amerikaner den Irak verlassen, aber nicht, daß sich die Supermacht aus der internationalen Politik zurückzieht.

Tiefenschärfe beginnt sich gerade erst im beginnenden Wahlkampf zu den Kongreßwahlen im Herbst zu entwickeln. Für mich ist klar: Niemand, der zu eindeutig nach rechts oder links ausschlägt, wird im nächsten Kongreß oder als nächster Präsident eine Stimme haben.

Der Autor, 1929 in Köln geboren, ist amerikanischer Soziologe und Begründer des Kommunitaristischen Netzwerks. Auf deutsch von ihm erschienen: "Die Verantwortungsgesellschaft" (1997) Aus dem Amerikanischen von Andrea Seibel

Artikel erschienen am Do, 11. Mai 2006

© WELT.de 1995 - 2006

Artikel drucken